Kaiser Wilhelm und die deutsch-englischen Beziehungen.

⊕ Lord Lonsdale, der intime Freund Kaiser Wilhelms, hat einem Mitarbeiter der ‚Daily News' gegenüber bemerkenswerte Äußerungen über die deutsch-englischen Beziehungen und über den Einfluß Kaiser Wilhelms gemacht. Nach dem Londoner Blatt sagte der Lord, er sei überzeugt, daß die Zeit des internationalen Unfriedens bald überwunden sein werde. Und dazu werde Kaiser Wilhelm besonders beitragen. Der Deutsche Kaiser empfinde Abscheu vor den Greueln des Krieges. Er, Lonsdale, sei leider nicht in der Lage, Äußerungen des Deutschen Kaisers wiederzugeben. Wenn er es aber täte, würden die Engländer erstaunen, wie stark

Kaiser Wilhelms Freundschaft für England

sei. Lord Lonsdale führte weiter aus, er wisse genau, daß dem Kaiser die Haltung der englischen Regierung während der Marokkokrise unbegreiflich war. Als der Zwischenfall von Agadir sich ereignete, sei er, Lonsdale, zufällig an Deutschlands Grenzen gewesen, und könne berichten, daß viel von den englischen Presse-Erläuterungen von einflußreichen Deutschen, mit denen er sprach, nicht verstanden wurde. Von des Schatzkanzlers Lloyd Georges Rede (die sich scharf gegen Deutschland wandte) könne er nur sagen, er habe sofort eingesehen, daß ihre Wirkung auf die große Masse der Deutschen nur verhängnisvoll sein könnte. Er halte gar nichts von dem deutschen Gespenst. Er kenne Deutschland und das deutsche Volk. Er wisse, daß es England immer eher als einen Verbündeten, denn als etwas andres betrachtet habe. Der

allgemeine Gedanke in Deutschland

sei: die beiden Nationen hätten bei Waterloo (gegen Napoleon) zusammen gekämpft. Der Kaiser sei einer der größten Bewunderer Englands, warum sollten die beiden Völker sich gegenseitig bekämpfen? Aber jetzt gehe der Streit weit über den rein wirtschaftlichen Wettbewerb hinaus und die Rede von Lloyd George werde sobald nicht vergessen werden. Wenn der Kaiser nicht von Anfang an entschlossen gewesen wäre, den Frieden zu wahren, so wäre es für manches Kabinett unmöglich gewesen, der allgemeinen Strömung Widerstand zu leisten. Es sei unwahr, daß der Kaiser jemals England habe angreifen wollen. Sein einziger großer Schrecken sei der Krieg, und er würde sich dazu nur entschließen, wenn die Interessen der deutschen Nation ihn dazu zwängen. Die Ansichten mancher Deutschenfeinde in England seien nicht ernst zu nehmen. Er fordere jeden heraus, ihm nachzuweisen, daß er Unrecht habe, wenn er erkläre, daß die Deutschen niemals einen

Angriff auf England

geplant hätten. Man könne in ganz England versichert sein: In der militärischen Schale stecke beim Kaiser ein warm fühlendes, aufrichtiges Herz. Lord Lonsdale kritisierte dann die englischen Minister wegen mehrerer Reden, die besser ungehalten geblieben wären. Er wolle nicht alles sagen, was bei seinen Zusammenkünften mit dem Kaiser gesagt worden wäre, aber er dürfe erklären, daß während der langen Jahre, da er den Kaiser kenne, dieser nie ein einziges Wort gesagt hätte, das nicht England sympathisch gewesen wäre. — Die englischen Blätter besprechen diese Erklärung Lord Lonsdales in spaltenlangen Artikeln, wobei auffallen muß, daß auch sonst deutschfeindliche Organe sich eines freundlichen Tones gegen Deutschland befleißigen. Es ist beinahe selbstverständlich, daß aus Anlaß dieser Mitteilungen in Frankreich

neue Gehässigkeiten gegen Deutschland

veröffentlicht werden. So schreibt der ‚Temps': „Man legt in London den Erklärungen Lord Lonsdales nur sehr geringen Wert bei. Offenbar ist der Wortlaut der Unterredung dem Kaiser nicht unterbreitet worden, und es scheint also, daß er mehr ein Ausdruck der Empfindungen Lord Lonsdales, als der Kaiser Wilhelms II. ist. Wenn in diesen Worten die Gesinnung des Kaisers ausgedrückt sein sollte, so wird man sich in London darüber freuen. Aber man weiß, daß die schönsten Worte nicht allzuviel bedeuten. Das hemmende Moment in den deutsch-englischen Beziehungen ist das Marinebudget des Deutschen Reiches, und wenn in Deutschland das Bestreben auf weitere Bewaffnung fortdauert, so kann von einer Besserung der Beziehungen nicht die Rede sein. Werden daher die Erklärungen Lonsdales irgendwelchen Zweck haben? Das ist mehr als zweifelhaft. Allzu oft hat man in Deutschland schon versucht, mit freundlichen Worten das

wachsende Mißtrauen Englands

Deutschland gegenüber zu beseitigen, aber jedesmal haben die Bemühungen den entgegengesetzten Erfolg gehabt. Dieses Mißgeschick erklärt sich durch den Gegensatz zwischen Worten und Taten. Während der Kaiser bei seinen Besuchen in England und auch sonst seiner Friedensliebe beredten Ausdruck gibt, stimmt er jeder Erweiterung des Flottenprogramms zu, die von der Admiralität angeregt wird. Darum darf man wohl sagen: Die Engländer sind mit Worten nicht mehr zu fangen!" — Andre Blätter schreiben, der Artikel der ‚Daily News' habe den denkbar schlechtesten Eindruck in England gemacht, alle Pressestimmen aber zeigen, wie weit wir von einem deutsch-französischen Einvernehmen noch entfernt sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm nahm in Berlin einen eingehenden Vortrag von Vertretern des Reichsmarineamts und des Kriegsministeriums über die Verhinderung der Spionage entgegen.

*Nach einer halbamtlichen Erklärung ist das Gerücht von einem angeblich bevorstehenden Wechsel auf dem Posten des kaiserlichen Statthalters in Elsaß-Lothringen unzutreffend.

*In einem Hinweis auf die Stichwahlen erklärt die ‚Nordd. Allgem. Ztg.', daß in anbetracht dessen, daß auch der kommende Reichstag für die Sicherung der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes wahrscheinlich schon bald einzutreten haben wird, es verhängnisvoll für die Entwicklung des Reiches wäre, wenn die Sozialdemokratie mit ihrer staatsfeindlichen Verneinung in diesen grundlegenden Fragen jemals eine ausschlaggebende Stellung erlangen sollte. Wie also auch im übrigen die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien zum Ausdruck kommen mögen, so bliebe doch das eine bestehen: Weder in der Hauptwahl noch in der Stichwahl kann ein um die Zukunft des Vaterlandes besorgter Mann seine Stimme einem Sozialdemokraten geben. — In diesem Hinweis werden ohne Zweifel neue Forderungen für den Ausbau des Heeres und der Marine angekündigt.

*Im vorigen Jahre fanden zwischen Vertretern der deutschen und italienischen Regierung im Reichsamt des Inneren Verhandlungen statt, die eine gegenseitige Anwendung der Arbeiterversicherungsgesetze für beide Staaten zum Zweck hatten. Diese Konferenzen entsprechen einer vertraglichen Vereinbarung zwischen beiden Regierungen, die als Zusatzvertrag im Jahre 1904 zustande kam und in der vorgesehen ist, daß besondere Bestimmungen hinsichtlich der gegenseitigen Anwendung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung getroffen werden sollten. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen, die in allen Punkten noch nicht abgeschlossen sind, sind seinerzeit vertagt worden, um erst nach dem Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung wieder aufgenommen zu werden. Jetzt ist mit einer endgültigen Erledigung der Frage in beiden Staaten zu rechnen, insbesondere mit der Regelung einiger in Betracht kommender Einzelheiten über Unfallversicherung und Invalidenversicherung.

*In Deutsch-Südwestafrika bilden die Farbigen, die sich der deutschen Herrschaft zu entziehen wissen und im Busch sitzen, eine schwere Gefahr. Im neuesten Heft der ‚Mitteilungen aus dem Schutzgebiet' wird von dem zum Glück inzwischen gefaßten Kandjeme erzählt, der als eine Art Volksheld für die Farbigen im Sandfeld den Mittelpunkt bildete. Dieser hatte einige hundert Hereros um sich versammelt. Bedenklich erscheinen solche Feldeingeborene besonders darum, weil sie Wasserlöcher vergiften, um auf bequeme Weise Wild zu erlegen. Das ist eine so große Gefahr für weiße Reisende, daß im Amtsblatt der Kolonie eine Warnung ergeht und der Rat erteilt wird, falls man auf Wasser stößt, solle man versuchsweise lieber erst ein Tier tränken, ehe das Wasser zu menschlichem Genuß dient.

Frankreich.

*Die französisch-spanischen Marokko-Verhandlungen gestalten sich immer schwieriger, so daß vielfach in Paris mit einem Abbruch der Besprechungen gerechnet wird. An den leitenden Stellen in Paris beschuldigt man England, daß es Spanien in seinem Widerstand gegen die französischen Forderungen bestärke.

Belgien.

*Die in Brüssel tagende Internationale Konferenz zur Bekämpfung des Alkoholgenusses in Afrika hat eine Kommission ernannt, die prüfen soll, ob die Zone, in der der Alkoholverkauf verboten ist, erweitert werden kann.

Amerika.

*Präsident Taft hat eine Urkunde unterzeichnet, nach der das bisher gemeinsame Bundesgebiet Neumexiko als 47. Staat in die Ver. Staaten aufgenommen wird.

Asien.

*Das Schicksal Chinas scheint seiner Erfüllung nahe zu sein. Da ein Ende der Wirren nicht abzusehen ist und da die Revolutionäre an verschiedenen Orten die Gewalt über die Massen verloren haben, so daß die Fremden bedroht erscheinen, haben die Großmächte die Bahnlinie von Peking nach der See durch Truppen besetzen lassen. Unter solchen Umständen scheint die Monarchie wieder neue Hoffnung hegen zu dürfen; denn unter dem Druck dieser Maßregel sowohl, als infolge der englisch-japanischen Drohung, einige Ortschaften im Süden zur Aufrechterhaltung der Ordnung besetzen zu wollen, haben sich die Gouverneure mehrerer aufständischer Provinzen in einer Eingabe an die Leiter der Revolution für Aufrechterhaltung der Ordnung, allerdings unter konstitutionellen Garantien, ausgesprochen mit der Begründung, daß die Monarchie England eine freiheitlichere Verfassung habe als die Republiken Frankreich und die Ver. Staaten von Amerika.

*Nachdem die Russen einige Perser, die Gewalttätigkeiten gegen russische Soldaten begangen hatten, haben in Täbris hinrichten lassen, ist es zu neuen Unruhen in dieser Stadt gekommen. In Rußland wird daher (natürlich!) die Besetzung weiterer Ortschaften geplant. Armes Persien!

Wahlrecht und Wahlpflicht.

Vor den Wahlen besinnt sich gewöhnlich nicht nur der Parteigänger, sondern auch der Staatsbürger, der sonst der Politik interesselos gegenübersteht, auf sein wichtigstes Recht, nämlich durch Abgabe seiner Stimme bei der Wahl das vielgestaltige und verworrene Bild der Volksstimmung zu klären und abzurunden. Wenn aber der größte Trubel vorbei, wenn die durch die Wahl hervorgerufene politische Begeisterung verflogen ist, dann schlummert die Liebe zu diesem wichtigen Staatsbürgerrecht wieder ein. Ein beträchtlicher Teil der Wahlberechtigten aber bleibt immer

der Wahlurne fern.

So machten im Jahre 1903 von rund 12½ Mill. Wahlberechtigten nur rund 9¼ Millionen und im Jahre 1907, (bei der letzten Wahl) von rund 13¼ Millionen nur rund 11¼ Millionen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es hat sich also 1903 der vierte Teil und 1907 immer noch der sechste Teil der Wahlberechtigten freiwillig eines Rechts begeben, dessen Ausübung die Staatsregierung billigerweise als eine nicht immer angenehme und bequeme, trotzdem aber selbstverständliche Pflicht voraussetzen darf. Wohin gehört nun die ansehnliche

Partei der Nichtwähler?

Welche Partei darf mit Fug und Recht behaupten, ein beträchtlicher Teil dieser der Wahlurne ferngebliebenen Mannen komme eigentlich auf ihr Konto? Und ist mit Rücksicht auf eine so ungeheure Zahl von Männern, die nicht wählen, das Bild der Volksmeinung, die doch durch die Wahl (gerade nach dem deutschen Reichstagswahlrecht) ausgedrückt werden soll, noch ein vollständiges? Alle diese Fragen werden jetzt wieder vielfach in der Presse erörtert und es ist dabei nur natürlich, wenn auch der Vorschlag wieder auftaucht, auf irgendeine praktische Art die

Wahlpflicht

aller Wahlberechtigten gesetzlich festzulegen. Im Jahre 1907 ist ja nun die Gesamtheit dieser Fragen besonders dadurch zeitgemäß gewesen, als damals in Österreich (zugleich mit der Wahlreform) auch die Wahlpflicht eingeführt werden sollte. Aber sowohl das österreichische Abgeordnetenhaus, als auch alle Einzellandtage (mit Ausnahme von Niederösterreich, Steiermark und Kärnten) kamen schnell zu der Erkenntnis, daß eine wirksame Durchführung der Wahlpflicht ein Ding der Unmöglichkeit sei. Gewiß hat die rechtliche Grundlage der Wahlpflichtfrage angesichts so vieler Säumigen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung und es muß zugegeben werden, daß im Rechtsleben immer einem beanspruchten Recht eine unbedingt zu erfüllende Pflicht entspricht. Aber dieser Grundsatz kann einem

Zwang zur Wahl

durchaus nicht zur Rechtfertigung dienen. Denn wenn ein Mensch sich freiwillig eines ihm zustehenden Rechts entäußert, so hat der Staat keine Machtmittel, ihn deswegen zu bestrafen. Das hat die Praxis im niederösterreichischen Landtage bewiesen. Dort wurde beschlossen, jeden Wahlsäumigen, der sich ohne „gerechtfertigten Grund" der festgesetzten Wahlpflicht entzieht, mit einer Buße von einer bis zu fünfzig Kronen zu belegen. Ganz abgesehen davon, daß solche Strafe nicht die Wirkung eines unwiderstehlichen Zwanges ausübt, muß ihre Vollstreckung zu einer

ungeheuren Arbeitslast

werden. Man denke, wenn in Deutschland in zwei Millionen Fällen ermittelt werden sollte, ob wegen Versäumnis der Wahl eine Bestrafung erfolgen kann, oder ob ein „gerechtfertigter Grund" zur Wahlenthaltung vorliegt und damit Straflosigkeit erwirkt ist. Gerade die Strafausschließungsgründe, die ja unbedingt auch in Deutschland Geltung haben müßten, würden die Schwierigkeiten einer zweckentsprechenden Kontrolle ins Ungemessene steigern. Da würden Krankheit, unaufschiebbare Berufspflichten, Verkehrsstörungen, Reisen nach außerhalb, unaufschiebbare Familienangelegenheiten dauernd eine Rolle spielen. Eine Krankheit kann der Arzt feststellen, Berufspflichten, Verkehrshindernisse, Familienangelegenheiten aber sind dehnbare Begriffe, die sich jeder gesetzlichen und richterlichen Umgrenzung entziehen. Das beste Mittel, die Zahl der Wahlsäumigen zu vermindern, ist eine gediegene

staatsbürgerliche Erziehung.

Die Wahlpflicht muß nicht als Parteidogma, nicht als gesetzliche Notwendigkeit betrachtet werden, sondern sie muß eine sittliche Pflicht werden, die aus der Reife der Persönlichkeit entspringt. Wie bei einem Scherbengericht im alten Griechenland, das über die Verbannung eines Mitbürgers zu entscheiden hatte, alle Berechtigten aus freier Entschließung erschienen, so muß auch die Wahlpflicht jedem Staatsbürger als sittliche Notwendigkeit erscheinen; denn ihre Erfüllung bildet, wie die Steuerzahlung, einen Grundpfeiler staatlichen Zusammenlebens.

M. A. D.

Ein stiller Mensch.

13] Roman von Paul Bliß.

(Fortsetzung.)

Heiter zuckte Bruno die Schulter. „Ja, das kann ich dir nun leider nicht mehr versprechen."

„Verlang' ich auch gar nicht. Weil du's doch nicht halten würdest," entgegnete Onkel Klaus.

„Könnte schon sein." Dabei gab er seinen Gaul einem Knecht.

In munterer Laune gingen sie weiter. Ringsum, so weit man blicken konnte, war alles Gelände zu Schönau gehörig. Ein stattliches Gut. Und alles in denkbar bester Verfassung.

Während sie langsam, in heiterer Unterhaltung durch die Feldmark dahinschritten, sah Bruno bald rechts bald links, und erteilte hier und da, wo es angebracht war, kurze Weisungen und Befehle, und obschon er nie den Faden der Unterhaltung verlor, entging auch nicht ein Vorkommnis der Feldarbeiten seinem prüfenden Auge.

Onkel Klaus merkte das wohl. Und er hatte seine helle Freude daran. Wie er denn diesen frischen, starken und lebensernsten Burschen schon von Jugend auf gern gehabt hatte.

„Wenn man dich hier so in deinem Element sieht," sagte er gutherzig, „bist du ein ganz andrer als neulich im Tanzsaal."

Der junge Landwirt nickte schmunzelnd. „Werde eben auch nie ein Gesellschaftsmensch werden."

Jetzt ergriff der Alte die Gelegenheit und schnell versetzte er: „Leider! Und deshalb bist du auch stets so einsam und hast noch immer keine Frau gefunden."

Aha. Jetzt begann es. Aber Bruno schwieg auch jetzt wieder. Nur innerlich freute er sich.

„Habe ich vielleicht nicht recht?" fuhr Onkelchen interessierter fort. „Schon längst solltest du Frau und Kinder haben. So gehört sich das für einen tüchtigen Landwirt. Du weißt ja gar nicht, für wen du dich quälst. Hast du aber einen Erben, dann hat die ganze Sache doch erst einen Zweck. Darin wirst du mir doch recht geben müssen."

„Im allgemeinen, ja," erwiderte Bruno jetzt ein wenig zögernd, „aber ich lebe ja auch so ganz gut, wie du siehst."

„Unsinn! Ich sehe durchaus nicht, daß du gut lebst! Leben nenne ich das überhaupt nicht, das ist nur ein Vegetieren! Ja, lächle du nur, es ist doch so, wie ich sage! Ein Junggeselle ist nur ein halber Mann. Und ich gehe sogar noch weiter, ich behaupte, ein vermögender Mann, der Frau und Kind ernähren kann, hat sogar die Pflicht, zu heiraten! Jawohl, so ist es! Wohin sollte denn unser Staatswesen kommen, wenn alle Männer so dächten wie du! Und wenn du mich auch zehnmal auslachst, ich hab' doch recht! Jawohl, ich erkläre dir hier rund heraus, daß du das deinem Vaterland einfach schuldig bist, jawohl!"

Bums! Nun hatte er's aber bekommen! Der Hieb mußte doch gesessen haben.

Indes fühlte Bruno sich noch ganz behaglich. Er ließ sich nicht aus der Ruhe bringen and meinte nur so nebenbei: „Na ja, ich kann ja mal darüber nachdenken."

Aber Onkelchen merkte, daß es dem jungen Hagestolzen doch nicht ernst damit war. Deshalb begann er noch einmal: „Wenn ich nur schon einen Grund für deine Handlungsweise sähe. Aber ich finde absolut keinen!"

„Wer weiß, vielleicht hab' ich doch einen."

„Nun schön, so nenne ihn mir doch wenigstens!"

Schweigend sah Bruno in die blaue, goldduchflimmerte Luft. Ein herrlicher Tag war es. Frühlingsfreude schwebte über alles lachend dahin. Und süße Düfte kamen mit einem lauen Windhauch hergeweht. Jubilierend schwang sich eine Lerche empor. Und keimendes, sprießendes, blühendes Leben ringsum, so weit das Auge nur sah. Ach, es war doch wonnig, hier draußen so für sich zu leben.

Da er noch immer schwieg, fragte der Alte nun erregter: „Na also, den Grund? Wenn du wirklich einen haben solltest."

Und jetzt entgegnete er burschikos: „Ach, laß mich doch nach meiner Fasson selig werden."

„Aha, dachte ich's mir doch!" sagte Onkelchen und paffte ein paar mächtige Rauchwolken in die blaue Luft, was ein Anzeichen dafür war, daß er eine wichtige Entdeckung gemacht hatte. Dann sah er seinen Begleiter heimlich prüfend von der Seite an und dachte: „Wart' nur, mein Jungchen, jetzt weiß ich schon, wo dir der Schuh drückt. Aber für das Leiden hab' ich ein Mittel, jawohl!" Und schmunzelnd lachte er in sich hinein.

Als sie im Herrenhause ankamen, harrte ihrer bereits ein würzig duftender Kaffee.

Und wieder freute sich der Hausherr über die trauliche Behaglichkeit, die sie sofort umfing.

Lächelnd sagte er: „Nun sieh dich bitte mal recht genau hier um. Und wenn du ehrlich bist, wirst du zugeben müssen, daß mir gar nichts, aber auch gar nichts fehlt."

„Außer einer Frau," versetzte der Alte mit Festigkeit. „Daß die Berta ein tüchtiges Mädel ist, das habe ich längst gewußt. Aber sie ist und bleibt eben doch nur deine Haushälterin."

Bruno wurde immer aufgeräumter. „Nun gut, wenn ich also mal das Bedürfnis fühle, mir eine Frau zu nehmen, brauche ich sie ja nur zu heiraten." Fröhlich blickte er den Onkel an.

Der erschrak heimlich, beherrschte sich aber sofort und erwiderte ein wenig verärgert: „Daran denkst du doch keinen Augenblick. Wie man denn überhaupt mit dir in dieser Angelegenheit ja nie ernsthaft reden kann."

Wieder lachte der Hausherr. „Also wirst du es nun aufgeben, ein für allemal, mich unter die Haube bringen zu wollen, wie?"

Onkelchen seufzte nur und schlürfte seinen prächtigen Kaffee. Und da sich nun auch Fräulein Berta an den Tisch setzte, nahm das Gespräch jetzt natürlich eine andre Wendung.

Plötzlich fragte Bruno: „Was ist denn nun eigentlich für 'ne Neuigkeit, die du mir noch immer vorenthältst?"

Ganz harmlos, mit famos gespielter Naivität antwortete der Alte: „Ach, so was Besonderes ist's nun ja gerade auch nicht. Meine Nichte,